

Komplikationen im Baustellenbereich

Pilgramgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin,

Bei den Bauarbeiten für die U2/U5 Station Pilgramgasse kam es aufgrund von Problemen im Bereich der Talsohle in den vergangenen Monaten zu Gebäudeabsenkungen entlang der linken Wienzeile, vor allem rund um die Turmburggasse und den unteren Bereich der Hofmühlgasse. Inzwischen mussten viele Gebäude in diesen Häuserblocks eingerüstet werden, um die Gehsteige vor herabfallenden Fassadenstücken zu schützen. Weiters kam es in der Turmburggasse zur Beschädigung einer Hauptgasleitung, was eine Totalsperre der Gasse und die Errichtung einer neuen Leitung zur Folge hatte. Die Wiener Linien gaben bekannt, dass solche Absenkungen im Zuge eines U-Bahn Baus normal seien. Die Anwohner*innen der Linken Wienzeile, der unteren Turmburggasse und der unteren Hofmühlgasse sind jedoch sehr beunruhigt und möchten Antworten haben.

Wir stellen nun folgende Fragen:

1. Ab wann können bestehende Schäden saniert werden, ohne, dass es zu erneuten Absenkungen und Schäden kommt?
2. Nach Reparatur der Gasleitung blieb ein Teil der Baustelle in der Turmburggasse bis heute bestehen. Haben Sie genaue Informationen über das weiter Vorgehen die Gasleitungen betreffend?
3. Wird es Informationen von der Bezirksvorsteherung für die Bewohner*innen des Grätzels geben, die über die lapidaren Aussagen der Wiener Linien hinausgehen?



Begründung

Die Bewohner*innen der betroffenen Gebäude haben keinen konkreten Zeitplan, ab wann sie bestehende Schäden sanieren können/sollen. Weiters ist unklar, wie lange die Gefahrenlage durch beeinträchtigte Gasleitungen bestehen bleibt. Das Sicherheitsgefühl der Bewohner*innen ist stark beeinträchtigt.

Dominik Hartl, Andrea Nussbaumer



Klimahimmel Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrter Frau Bezirksvorsteherin,

zur geplanten Errichtung eines „Klimahimmels“ in der Corneliusgasse stellen wir folgende Fragen:

1. Welcher Zeitplan ist für die Realisierung vorgesehen?
2. Welche Einbindung der Schüler*innen und der Eltern gab es im Rahmen der Planung dieses Projekts?
3. Wie viel kostet die Realisierung?

Begründung

Klimamaßnahmen in und vor Schulen sind wichtige Maßnahmen, damit unsere Jugend gesund aufwachsen kann. Die Beteiligung der Schüler*innen an dem Projekt würde darüber hinaus auch weiter Bewusstsein für die Wichtigkeit des Themas und der Möglichkeiten klimagerechter Gestaltung des öffentlichen Raums schaffen.

Es ist notwendig, dass die beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel die Ziele des Klimafahrplans maximal unterstützen. Daher ist eine Beteiligung aller Betroffener ebenso essentiell um den Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung bestmöglich gerecht zu werden.

Paul Stein



Kurzzeitvermietung in Wohn- und Schutzzone

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrter Frau Bezirksvorsteherin,

das Haus in der Gumpendorferstraße 60 wurde bis Ende 2023 generalsaniert und ist seitdem nicht mehr als Wohnhaus verfügbar, sondern wurde in ein „Hotel“ umfunktioniert. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um ein Hotel im klassischen Sinne. Alle ehemaligen Wohnungen werden nunmehr über die deutsche Plattform „NumaStays“ unter dem Namen „Numa Vienna Terra“ zur reinen Kurzzeitvermietung angeboten. Es gibt keine Rezeption, der Zugang erfolgt über einen Code.

Die Wohnungen selbst wurden nach der Sanierung als sogenannte „Anlegerwohnungen“ von der Grazer Immobilienfirma „C&P Innovations“ an Privatpersonen verkauft, mit der Bedingung, dass diese Wohnungen nicht selbst bewohnt werden dürfen. Damit wurde ein komplettes Wohnhaus in Mariahilf vom Markt genommen und zu einem reinen Anlegerobjekt umfunktioniert.

Sohin stellen wir folgende Fragen an die Bezirksvorstehung:

Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Kurzzeitvermietung beim Objekt Gumpendorferstraße 60? (Anm.: Das Gebäude befindet sich in einer Wohnzone.)

1. Gab es betreffend das Objekt Gumpendorferstraße 60 ein gewerberechtliches Genehmigungsverfahren und inwieweit war der Bezirk in dieses eingebunden?
 - a. Wenn ja, wann wurde die gewerberechtliche Genehmigung erteilt?
2. Gab es betreffend das Objekt Gumpendorferstraße 60 ein baurechtliches Verfahren betreffend die Umwidmung von Wohnungen nach der Wr. BauO und war der Bezirk in dieses eingebunden?



- a. Wenn ja, wann kam es zur Umwidmung?
 - b. Wenn ja, nach welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Umwidmung der Wohnungen?
 - c. Wenn ja, welche Form der Nutzung wurde bewilligt? (Hotel, gewerbliche Kurzzeitvermietung etc.)
3. Sofern es zur Umwidmung von Wohnraum gekommen ist: Wurde von den Eigentümer:innen des Objekts Gumpendorferstraße 60 ausreichend Ersatzwohnraum in Mariahilf geschaffen?

Begründung

Es gibt in Wien zwei weitere solche Kurzzeitvermietungs-Objekte der Firma NumaStays und wahrscheinlich noch weitere von anderen Betreibern. Diese Art der gewerblichen Kurzzeitvermietung treibt die Mietpreise in Mariahilf – und in der gesamten Stadt – nach oben und höhlt ganze Nachbarschaften aus.

Dominik Hartl

Jedmayer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Welche konkreten Schritte haben Sie seit Ihrer Wahl zur Bezirksvorsteherin gesetzt, um Verbesserungen der Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer zu erreichen?
- Welche Gespräche haben Sie seit Ihrem Amtsantritt mit dem zuständigen Sozialstadtrat, der Sucht und Drogenkoordination Wien, der Polizei und/oder anderen zuständigen Stellen geführt?
- Welche konkreten Anliegen oder Forderungen haben Sie dabei vorgebracht und mit welchem Ergebnis?
- Wenn nein, wann werden diese Gespräche stattfinden?
- Gibt es bereits einen Zeitplan für das von der Stadt angekündigte Maßnahmenpaket zur Entlastung des Jedmayer Grätzels?
- Wann rechnen Sie mit der Präsentation dieses Maßnahmenpakets?
- Sind Sie bei der Erstellung des Maßnahmenpakets eingebunden?
- Welche Rolle wird die Bezirksvorsteherung bei der Ausarbeitung und Umsetzung dieses Maßnahmenpakets einnehmen?
- Welche kurzfristigen Schritte planen Sie, um die Situation im Umfeld der U-Bahn-Station Gumpendorfer Straße zu verbessern?
- Halten Sie es für sinnvoll, auch Instrumente zu prüfen, die an anderen Orten in Wien eingesetzt werden, etwa Alkoholverbotzonen, Videoüberwachung oder Schutzzonen?
- Wann wird die versprochen Anrainerversammlung zum Thema Jedmayer-Grätzels stattfinden, um die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner direkt aufzunehmen?

Begründung

Die Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie der U-Bahn-Station Gumpendorfer Straße beschäftigt Anrainerinnen und Anrainer seit vielen Jahren. Immer wieder wird über Probleme im öffentlichen Raum berichtet, die sich auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Grätzel auswirken. Von Seiten der Stadt Wien wurde zwar ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Grätzels angekündigt, bis dato aber noch nicht präsentiert. Sie haben unmittelbar nach Ihrer Wahl zur Bezirksvorsteherin öffentlich angekündigt, gegenüber der Stadtregierung „lästig sein“ zu wollen, um Verbesserungen für den Bezirk zu erreichen.

Gerhard Hammerer

Spritzentauschkontakte

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wie verteilen sich die Spritzentauschkontakte im Jahr 2025 (absolute Zahlen) auf die einzelnen Einrichtungen, die laut Beantwortung von Stadtrat Hacker mit dem Spritzentauschsystem kooperieren?
- Welche konkreten Einrichtungen zählen zu den von Stadtrat Hacker genannten zehn Einrichtungen der Wiener Suchthilfe, die Spritzentausch anbieten?
- Welche Apotheken nehmen aktuell am Spritzentauschsystem teil?
- Wie viele Spritzentauschkontakte wurden im Jahr 2025 von den fünf Apotheken abgewickelt (absolute Zahlen)?
- Wie viele Spritzentauschkontakte wurden im Jahr 2025 von den 32 Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe abgewickelt (absolute Zahlen)?
- Wie viele Spritzentauschkontakte wurden im Jahr 2025 jeweils von den zehn Einrichtungen der Wiener Suchthilfe abgewickelt (absolute Zahlen, aufgeschlüsselt für die zehn Einrichtungen)?
- Wie viele Spritzentauschkontakte wurden im Jahr 2025 durch Streetwork Angebote oder andere mobile Angebote durchgeführt?
- In welchen Wiener Bezirken gibt es derzeit keine Möglichkeit zum Spritzentausch (Stadtrat Hacker spricht von 16 Bezirken mit einem Angebot)?
- Aus welchen Gründen gibt es in diesen Bezirken derzeit keine entsprechende Möglichkeit zum Spritzentausch?
- Gibt es Überlegungen oder konkrete Pläne, das Angebot zum Spritzentausch auf weitere Standorte oder Bezirke auszuweiten?
- Falls ja, welche Standorte werden derzeit geprüft?

Begründung

In Beantwortung eines Antrags der ÖVP Mariahilf vom Dezember 2025 führte der zuständige Stadtrat aus, dass derzeit insgesamt 47 Einrichtungen mit dem Wiener Sprizentauschsystem kooperieren. Um die tatsächliche Verteilung der Angebote und deren Nutzung besser beurteilen zu können, erscheint es sinnvoll, die konkreten Zahlen der Sprizentauschkontakte für das Jahr 2025 aufgeschlüsselt nach einzelnen Einrichtungen, Apotheken und weiteren beteiligten Stellen zu kennen. Eine transparente Darstellung kann dazu beitragen, die bestehende Infrastruktur besser zu bewerten und mögliche Lücken in der regionalen Versorgung zu identifizieren.

Gerhard Hammerer

Bänke Webgasse / Schmalzhofgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wann ist mit der Aufstellung der angekündigten Sitzbänke im Bereich Webgasse / Schmalzhofgasse zu rechnen?
- Aus welchen Gründen ist die Umsetzung in diesem Bereich bisher noch nicht erfolgt, obwohl im Bereich der Haydngasse bereits entsprechende Bänke aufgestellt wurden?
- Wie viele Sitzbänke sind im Bereich Webgasse Schmalzhofgasse konkret vorgesehen?
- Gibt es bereits einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung der noch ausstehenden Standorte?

Begründung

In einer früheren Sitzung der Bezirksvertretung wurde ein Mehrparteiantrag zur Aufstellung zusätzlicher Sitzbänke im Bezirk beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine rasche Umsetzung der Maßnahme in Aussicht gestellt. Ziel der Initiative war es, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen und insbesondere älteren Menschen zusätzliche Möglichkeiten zum Ausruhen zu bieten.

Veronika Zimmermann

Umzäunung Beete Broda-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wie lange ist geplant, den derzeitigen Holzzaun rund um die Beete am Christian-Broda-Platz zu belassen?
- Ist vorgesehen, die derzeitige Holzumzäunung durch eine dauerhafte Einfriedung, etwa in Form eines Metallzaunes, zu ersetzen?
- Falls eine solche dauerhafte Lösung geplant ist, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?
- Welche Gründe haben bisher dazu geführt, dass die ursprünglich als Provisorium gedachte Holzumzäunung weiterhin besteht?
- Welche Kosten sind für die Errichtung einer dauerhaften Einfriedung vorgesehen beziehungsweise bereits budgetiert?

Begründung

Die Beete am Christian-Broda-Platz sind derzeit mit einer einfachen Holzumzäunung versehen. Nach Auskunft vor Ort wurde diese Einfriedung ursprünglich als provisorische Lösung errichtet. Dennoch besteht diese Situation bereits seit längerer Zeit, ohne dass eine dauerhafte Gestaltung umgesetzt wurde.

Veronika Zimmermann

Öffentliche Toilette Bundesländerplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Seit wann ist die öffentliche Toilette am Bundesländerplatz geschlossen und aus welchen konkreten Gründen wurde sie außer Betrieb genommen?
- Wie ist der derzeitige Stand der Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Sanierung beziehungsweise Wiedereröffnung der Anlage?
- Im Umweltausschuss wurde berichtet, dass bereits die Prüfung einer möglichen Sanierung Kosten in der Höhe von rund 50.000 Euro verursachen würde. Woraus ergeben sich diese Kosten im Detail?
- Wurden für diese Prüfung vergleichende Angebote eingeholt, und wenn ja, von wie vielen Unternehmen beziehungsweise Stellen?
- Welche Magistratsabteilungen sind aktuell mit der Prüfung oder Planung der weiteren Vorgangsweise befasst?
- Wann ist aus heutiger Sicht mit einer Entscheidung über die Sanierung beziehungsweise eine mögliche Wiedereröffnung der öffentlichen Toilette zu rechnen?
- Wird derzeit auch über alternative öffentliche Toilettenangebote im Umfeld, insbesondere im Bereich der Mariahilfer Straße, nachgedacht?
- Falls ja, welche konkreten Alternativen oder Standorte werden derzeit geprüft?

Begründung

Die öffentliche Toilette am Bundesländerplatz ist bereits seit längerer Zeit geschlossen. Gerade in einem stark frequentierten Bereich wie der Mariahilfer Straße stellt eine funktionierende öffentliche Sanitäreanlage jedoch ein wichtiges Infrastrukturangebot für Bewohnerinnen und Bewohner, Besucherinnen und Besucher sowie für ältere Menschen dar.

Veronika Zimmermann

Anfrage U4-Baustelle Naschmarkt

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin,

wir ersuchen Sie höflichst um Beantwortung der folgenden Fragen in Bezug auf den Bauernmarkt am Naschmarkt:

1. Wann haben Sie erfahren, dass der Bauernmarkt aufgrund der U4-Baustelle umziehen muss und wann und in welcher Form (per E-Mail, Telefon, Brief etc...?) wurden die Bauern am Bauernmarkt von der Baustelle und vom erzwungenen Umzug informiert?
2. Gibt es einen Preisnachlass für den neuen Standplatz?
3. Nach welchen Kriterien wurden die Übergangstandplätze verteilt und wann wurden die Bauern über den neuen Standplatz informiert?
4. Geplantes Bauende ist Ende August 2026. Erfahrungsgemäß sind Bauverzögerungen zu erwarten – besonders bei den Wiener Linien. Wie planen Sie mit Bauverzögerungen umzugehen und in welcher Form und wann werden diese an die Bauern kommuniziert?

Begründung

Diese neuerliche Baustelle – die direkt auf die Großbaustelle des Naschmarkt-Umbaus folgt, bringen weitere wirtschaftliche Herausforderungen für die Bauern und bedrohen erneut den erfolgreichen Fortbestand des Bauernmarktes. Die Bauern sind darauf

angewiesen, dass sie zuverlässige Ansprechpartner in der Politik haben und ihre Interessen vertreten wissen. Eine offene und transparente Kommunikation – wie sie leider in der Vergangenheit nicht stattgefunden hat – würde den Bauern Planungssicherheit geben und weiterhin die Produktion regionaler Produkte sicherstellen. Eine zuverlässige Nahrungsmittelversorgung ist essenziell für die ansässige Bevölkerung und darf durch die erneute Baustelle nicht gefährdet werden.

Anfrage zu möglichen Mehrkosten für die Erhaltung von kostenlosen Bedürfnisanstalten im Bezirk

Die unterfertigten Bezirksrätinnen von KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin!

Wir bitten Sie um die Beantwortung der folgenden Anfrage:

Gibt es einen Überblick über mögliche Mehrkosten für die Erhaltung von kostenlosen öffentlichen Bedürfnisanstalten im Bezirk Mariahilf durch den Entfall des Vorsteuerabzugs?

Gibt es Pläne bzw. Rücklagen, um diese Mehrkosten zu decken, um so sicherzustellen, dass im Bezirk auch weiterhin kostenlose Bedürfnisanstalten zur Verfügung stehen?

Begründung

Aufgrund einer Entscheidung des Finanzamtes basierend auf der Bundes-Gesetzgebung für kostenlose Bedürfnisanstalten steht diesen kein Vorsteuerabzug mehr zu, weshalb es wünschenswert wäre zu eruieren, welche Mehrkosten hierdurch für den Bezirk entstehen und ob diese ausreichend gedeckt werden können.

Durch zusätzlichen Kostendruck ist zukünftig zu befürchten, dass zum Nachteil unserer Bevölkerung die öffentlichen Bedürfnisanstalten immer öfter kostenpflichtig werden. Weil unter anderem finanziell benachteiligte Personen kostenpflichtige WC-Anlagen weniger frequentieren werden, sind zusätzliche Verunreinigungen im öffentlichen Raum evident.

Aus Gründen der öffentlichen Hygiene wäre es perspektivisch von Vorteil, trotz etwaiger Mehrkosten in Betrieb und Erhaltung, kostenlose Bedürfnisanstalten im Bezirk zu erhalten.

Dr. Carina Karner
Michaela Löffler-Leutgeb, BA MA

Quelle:

<https://kpmg.com/at/de/media/newsletter/tax-news/2025/02/tn-vwgh-stellt-umfang-des-vst-abzugs-bei-betrieben-gewerblicher-art-in-frage.html>

Anfrage Schadensmeldungen U-Bahnbau (Pilgramgasse)

Die unterfertigen Bezirksrätinnen von KPÖ-LINKS in Mariahilf stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin!

Wir bitten Sie um die Beantwortung der folgenden Anfrage:

Sind Schadensmeldungen von Anrainer*innen im Zuge der U-Bahn Bauarbeiten bei der Pilgramgasse auch an die Bezirksvertretung eingelangt? Wenn ja, wie viele?

Wie läuft die Zusammenarbeit der Bezirksvertretung mit den Wiener Linien in Bezug auf diese Schadensmeldungen ab? Bekommt die Bezirksvertretung voll umfänglich alle Informationen zu Schadensmeldungen von den Wiener Linien?

Ist die Bezirksvertretung in die Behebung dieser Schäden involviert? Insofern, als dass sie informiert ist und den betroffenen Anrainer*innen hilft in dieser Situation so schnell wie möglich Hilfe zu erhalten und sie hier nicht alleine gelassen werden?

Begründung

Wie in mehreren Medien Ende des letzten Jahres (Dezember 2025) berichtet wurde, kam es beim Bau der U-Bahn im Bereich der Pilgramgasse zu einem Bruch der Tunnelsohle und damit einhergehend zu einer erheblichen Bodensenkung, welche zu baulichen Schäden an umliegenden Häusern und damit einhergehend in Wohnungen im Bereich der Pilgramgasse geführt hat.

Auch wenn die Wiener Linien hier behaupten, „alles im Griff zu haben“, wäre es gut zu wissen, in wie weit die Bezirksvertretung in die Geschehnisse Rund um die Baustelle eingeweiht ist und hier auch zur Stelle ist um betroffenen Anrainer*innen zu helfen.

Dr. Carina Karner
Michaela Löffler-Leutgeb, BA MA

Quelle:

<https://www.vienna.at/u2-u5-baustelle-sorgt-fuer-erhebliche-gebaeudeschaeden-an-linker-wienzeile/9851909> <https://www.diepresse.com/20380189/wiener-u-bahn-baustelle-pilgramgasse-haeuser-senken-sich>

<https://www.derstandard.at/story/3000000299477/wiener-u-bahn-baustelle-pilgramgasse-sch228den-an-h228usern>

<https://wien.orf.at/stories/3332948/>